

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

17. WP - 30. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. Juni 2011, 13:15 Uhr,  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Hauke Göttsch (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

i. V. von Markus Matthießen

Heiner Rickers (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anette Langner (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Jens-Uwe Dankert (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Ranka Prante (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Gerrit Koch (FDP)

Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entwurf einer Resolution für die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz</b>	4
<b>2. Entwurf einer Resolution für das 9. Parlamentsforum Südliche Ostsee</b>	5
<b>3. a) Sicherheit von Kinderspielzeug weiter verbessern</b>	6
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1083 Buchst. b und c	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1201 Buchst. b bis d	
<b>b) Kinder vor Gefahren durch gesundheitsgefährdendes Spielzeug wirksam schützen</b>	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1138 Buchst. b bis g	
<b>4. Mitteilung der Kommission: EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 (KOM(2011) 173 endgültig) - Konsultationsbeitrag im Rahmen des AdR-Subsidiaritätsnetzwerkes</b>	7
hierzu: Umdrucke 17/2526, 17/2527	
<b>5. Verschiedenes</b>	8

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 13:20 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Entwurf einer Resolution für die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz**

Abg. Funke, Abg. Strehlau und Abg. Amtsberg berichten von der Arbeit der Arbeitsgruppen der Ostseeparlamentarierkonferenz, in denen der Entwurf einer Resolution für die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz mit vorbereitet worden sei.

Nach einer Diskussion kommt der Ausschuss überein, dass die Delegation eine geänderte Fassung des Entwurfs als Änderungsantrag zur Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz mitnehmen solle, aufgrund derer wegen des Gebots der Einstimmigkeit gegebenenfalls Kompromisse gefunden werden könnten. In diesem geänderten Resolutionsentwurf sollten - auch im Hinblick auf die Tatsache, dass die Bundesregierung eine Verwässerung des MARPOL-Abkommens, das diese Fragen regelt, deutlich abgelehnt hat -, die unter den Spiegelstrichen 1 bis 3 aufgelisteten Punkte entfernt werden:

„Regarding Integrated Maritime Policy in the Baltic Sea Region, to (...) against the background of new studies on the implications of the intended reduction of the sulphur content of ship fuels to 0,1 % from the year 2015 in the framework of the international MARPOL convention, take precautions and to start initiatives to prevent a modal backshift in traffic from sea to land, for example

- by a moratorium period for existing ships not longer than 2025
- by extending the timeframe for the gradual limits of sulphur
- by incentives to support the modification of existing ship, and
- by working actively within the International Maritime Organization (IMO) for a speedy designation of further sea areas, such as the Mediterranean Sea, as Sulphur Emission Control Areas (SECA), thereby abolishing competitive disadvantages for the Baltic Sea Area /can be prevented/;... “

In der nachfolgenden Verhandlung während der Ostseeparlamentarierkonferenz könne man - so einigt sich der Ausschuss einvernehmlich - über die Aufnahme des dritten Punkts gegebenenfalls verhandeln, eine Verhandlung über die Aufnahme des ersten - auch abgeschwächten - Punkts in die Resolution solle möglichst nicht stattfinden. Nicht verhandelbar solle der zweite Punkt sein, durch dessen Aufnahme die ursprüngliche Intention der Resolution zu stark aufgeweicht würde. Die Kooperation mit der International Maritime Organization (IMO) solle als Punkt erhalten bleiben.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf einer Resolution für das 9. Parlamentsforum Südliche Ostsee**

Nach einer Diskussion über das Verfahren kommt der Ausschuss überein, der Delegation, die an dem Parlamentsforum Südliche Ostsee teilnehmen werde, die Möglichkeit zu geben, eine Resolution bis zur Unterschriftsreife zu verhandeln.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**a) Sicherheit von Kinderspielzeug weiter verbessern**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1083 Buchst. b und c

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1201 Buchst. b bis d

**b) Kinder vor Gefahren durch gesundheitsgefährdendes Spielzeug wirksam schützen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1138 Buchst. b bis g

(überwiesen am 27. Januar 2011 an den Umwelt- und Agrarausschuss, den Sozialausschuss und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/1908, 17/1921, 17/1928, 17/1930, 17/1934, 17/1935,  
17/2047, 17/2060, 17/2256, 17/2287, 17/2288, 17/2289,  
17/2295, 17/2296, 17/2300

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich dem Votum des mitberatenden Sozialausschusses an den federführenden Umwelt- und Agrarausschuss zu den oben genannten Vorlagen anzuschließen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Mitteilung der Kommission: EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 (KOM(2011) 173 endgültig) - Konsultationsbeitrag im Rahmen des AdR-Subsidiaritätsnetzwerkes**

hierzu: Umdrucke 17/2526, 17/2527

Der Ausschuss beschließt, am Konsultationsverfahren zu der oben genannten Mitteilung der Kommission teilzunehmen und die Landesregierung und die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) zu bitten, eine Vorlage für die Beantwortung des Fragebogens zu erarbeiten. Er beschließt weiterhin, dass sich die europapolitischen Sprecher im Umlaufverfahren auf die endgültige Version verständigen sollten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Auf Antrag der Abg. Funke beschließt der Ausschuss, sich im Rahmen der nächsten Sitzung über den Aspekt der Wahrung der Subsidiarität durch den Vorschlag einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/22/EG (KOM(2011)173 endgültig) berichten zu lassen.

Zudem beschließt der Ausschuss, am 17. August 2011 eine Sondersitzung durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 13:20 Uhr.

gez. Bernd Voß  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer